

Wöchentliche Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

15 Pfennig
(150 Blattzählung)

Gründet 1704

Mit Kurszettel

Die Wöchentliche Zeitung erscheint wöchentlich einschließlich Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitung“, Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurzsatz der Berliner Börsen und amerikanischem Fundnoten, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen - Sport - Spiel, Für Reise und Wandern

Verlag: Ullstein & Co. Verlagsgesellschaft, Georg Bernhart, Verlags-Redaktion (am Alten Handelsplatz) Carl-Misch-Berlin (Hauptstadt) wurde am zurückgezogen, von Porto befreit.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Postamt: Zentral-Postamt, Am Dönhofsplatz 50/51, Berlin SW 68, für den Fernverkehr: Am Dönhofsplatz 50/51, Telegrafische Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

Schriftliche Antwort an die R.-R.

Einmütige Zustimmung der Ministerpräsidenten.

Die Beratungen über die Antwort an die Reparationskommission haben sich gestern auf die Konferenz mehrerer Reichsminister mit den Ministerpräsidenten der Freistaaten beschränkt. Das Reichsoberhaupt, das sich selbstverständlich die Entscheidung vorbehalten hatte, ist gestern entgegen der ursprünglichen Ansicht nicht zusammengetreten. Es wird erst heute, nach Änderung des Vorsitzes, die Entscheidung über den Wortlaut der Antwort an die Reparationskommission mit den Ministerpräsidenten abgemacht werden. Man ist sich einig, dass die Reichsregierung sich für eine schriftliche Antwort an die Reparationskommission entscheiden wird.

Die Entfaltung besonderer Delegierter nach Paris hätte nur Zweck, um auf deutscher Seite der Wunsch bekunde, gegen jetzt sich ausfindig und in Details zu den Vorschlägen der Sachverständigen zu äußern. Dafür wäre aber der Zeitpunkt noch zu früh; und ohnehin erwartet auch die Reparationskommission nicht mehr als eine kurze Erklärung der deutschen Regierung, ob sie in den Verhandlungen über eine Stillung der Reparationsfragen auf der Seite der Reichsregierung die besten Sachverständigen mitzuführen wolle. Diese inhaltlich sehr wichtige, aber doch rein formale Antwort wird am besten schriftlich gegeben. Es wird durch die Reizlosienkommission an die Reparationskommission weitergeleitet werden. Die deutsche Regierung wird sich in ihrem Schreiben auf die Mitteilung beschränken, daß sie die Expertenberichte als eine geeignete Grundlage ansehe, um zu einem Einverständnis über die Reparationsregelung zu gelangen; sie läßt ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit außer Acht.

Die Ministerpräsidenten haben — wie in einem kurzen offiziellen Communiqué festgestellt wird — sich sehr eingehend mit den Sachverständigenberichten befaßt. In den wesentlichen Punkten hat sich eine weitgehende Einmütigkeit ergeben. Vor allem bestand Einmütigkeit darüber, daß die Expertenberichte als Verhandlungsgrundlage angenommen werden müssen. Dieser Auffassung

hat auch der mecklenburgische Ministerpräsident sich angeschlossen, der bei den parlamentarischen Verhandlungen angetreten. Das muß angesichts der Haltung der deutschnationalen Kreise, die die Verträge in Danks und Bogen erneuert und über sie nicht einmal diskutieren will, besonders erfreulich werden.

In der Diskussion über die Berichte wurde von einzelnen Ministerpräsidenten Wünsche an die Reichsregierung geäußert, die bei den späteren sachlichen Verhandlungen berücksichtigt werden sollen. Es betrafen vor allem die Befreiung der besetzten Gebiete von den alliierten Truppen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Reichs im Rhein- und Ruhrgebiet, betrafen auch die Frage der Geltung der deutschen Exportverpflichtungen, die sich aus den Expertenberichten nicht ergibt. Aber im wesentlichen waren die Ministerpräsidenten durchaus einverstanden mit den großen Richtlinien der Reichsregierung. Das gleiche Einverständnis darf man auch bei den Parteiführern voraussetzen.

Zustimmung Belgiens.

Eine brauchbare Grundlage.

Brüssel, 14. April. (R. F. B.)

Der Ministerpräsident hat heute den Bericht des Sachverständigenkomites und erachtet ihn als brauchbare Grundlage für eine billige und praktische Lösung der Reparationsfrage.

Einigung mit der Micum.

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“.

Essen, 14. April.

In den heute fortgesetzten Verhandlungen zwischen der Sachverständigenkommission des Bergbauvereins und der Micum konnte in allen noch offenen Fragen eine Einigung erzielt werden, so daß der Vertrag über die Verlängerung des bisherigen Micumabkommens um zwei Monate bis auf die Unterfertigung fertiggestellt worden ist.

Arco freigelassen.

Nachrichtendienst der „Völkischen Zeitung“.

München, 14. April.

Herr Arco, der Märker Eisers, ist begnadigt worden. Zuvor zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wurde später die Strafe auf 10 Jahre Haft ermäßigt; jetzt, nach fünf Jahren, ist er auf freien Fuß gesetzt worden.

Ähnlich wird dazu erklärt, daß dem Großen Arco Strafurlaub für längere Zeit bewilligt worden ist, dagegen nicht der Angehörige Eisers. In der Reichsversammlung sind die Verhandlungen über die Strafe, die noch nach dem auf dem Strafurlaub befindlichen politischen Verurteilten der letzten Zeit sieben kann, liegen auf der Hand.

Wie verlautet, ist zu Oftern mit weiteren Einzelheiten des bayerischen Oeffentlichkeitsministeriums zu rechnen. Es soll sich jedoch, wie an maßgebender Stelle betont wird, hierbei nicht um die Bearbeitung des Hitler-Prozesses — da hat man die Verantwortung nicht übertragen —, sondern um die Einmündung wegen Teilnahme an der Württemberg verurteilten Kommunisten handeln. Freier, S. Püttmann, der wegen Unterstützung zum Wörde an dem Eubentener Bauer und wegen Beteiligung der Bayerischen Amtlichen Pressestelle zu einer Oeffentlichkeitsstrafe von 1 1/2 Jahren verurteilt worden war, hat, wie wir weiter erfahren, ebenfalls Strafurlaub erhalten und ist, wie aus dem Strafurlaub entlassen worden.

Herr Arco hat eine Absicht mit verhältnismäßig kurzer Frist erfüllt. Wird bleibt Markt. Und gerade die Gegner der von Eisner vertretenen Weltanschauung haben gegenüber politischen Wortführern die jüdischen Freier verlangt, zumal in dem Maße, wo die Opfer dieser Taten zu den ungeschicktesten Elementen der Partei gehören. Es mag etwas Strafe für den normalen Rechtsbegriff, daß die Tat des Großen Arco, die übrigens das Signal für den selbstgewählten Wirtin in München war und dadurch erst jetzt verhängnisvollsten Kreislauf politischer Ausrichtungen von links und rechts einleitete, von seinen Weltanschauungsgeoffenen offen bewußt wurde. Die Verherrlichung des politischen

Wördes hat dann fröhliche getragen, die dem ganzen deutschen Volk schweren Schaden brachten.

Wenn jetzt einer diese letzten Worte die Freilassung Arcos folgt, so entspricht das der Entscheidung, die Bayern seit 1920 eingehalten hat. Immerhin sollte man annehmen, daß die Regierung des Dr. von Brüning Wert darauf legt, den Vorwurf einseitiger Handhabung des Rechts und des Unabwiegens nicht noch ausdrücklich zu bekräftigen. Den Bürgern, die die Ermordung Eisners auslöste, sind ferner Beurteilungen hinsichtlich der Persönlichkeiten gefolgt, denen auch die damaligen Standgerichte ideale Geltung zuerkannten. Man darf erwarten, daß diese Persönlichkeiten, die namentlich fünf Jahre Haft unter sehr erschwerenden Umständen durchgemacht haben, zum mindesten eine Bewährungsfrist zugestimmt erhalten, wie sie in so weitgehender Weise den Teilnehmern am Hitzepuls von vornherein zugestimmt wurde.

Die Münchener Regierung sollte aus den Erlebnissen der letzten Jahren die Lehre ziehen, daß eine Politik grundsätzlicher Ehrlichkeit nicht nur die anfängliche, sondern auch die spätere ist. Alle die Verdrehungen und Biegungen, mit denen die Reichsregierung und das Strafrecht, die Polizeigewalt und die politische Macht ausgestattet und umgeben wurden, haben nur dazu beigetragen, den Sinn für Recht und Ordnung zu erschüttern und das bayerische Volk den wilden Demagogen auszuliefern. Wie wäre es, wenn Herr v. Brüning zurückgekehrt zu den Freiheitsgrundlagen von Recht, Billigkeit und Gerechtigkeit, wie sie zum mindesten in Süddeutschland als selbstverständlich galten? Man würde die Aera der Begnadigungen nicht neuen Lurchen schaffen, sondern dazu beitragen, begangenes Unrecht auszugleichen.

Stauning betraut.

Kopenhagen, 14. April. (R. F. B.)

Staatsminister Neergaard reichte heute mittag die Demission des Kabinetts ein, die vom König angenommen wurde. Der König betraugte die Minister, die Geschäfte einzuwickeln weiterzuführen. Einanfang, der Führer der Sozialdemokraten, hat den Auftrag zur Bildung des neuen Ministeriums angenommen.

Dolchstoß-Dämmerung.

Dr. Iur. Albrecht Graf Montagu.

Der Titel „Der Dolchstoß“, der auf dem ersten erschienenen Abschnitt der „Süddeutschen Monatshefte“ steht, ist nicht ganz glücklich. Das heißt: der Inhalt ist erdlicher als der Titel. Aber in diesem Falle kein Schade. Erbe werden das heißt des Titels wegen sein, ein Bienenmaterial für ihren Dolchstoßglauben zu finden. Es werden, wenn sie nicht blind sind, enttäuscht werden.

Schon die Einleitung wird sie enttäuschen. Sie gibt gleich anfangs an, daß der Zusammenbruch nicht durch eine einzelne Katastrophe eingeleitet wurde, sondern durch eine Antontone, die sich im Laufe der Zeit mehr und mehr ausbreitete, bis sie schließlich die gesamte Nation erfaßte. Man muß sich nicht wundern, wenn man die Unterleitung befragt, auf die bemerkt und abgeklärt auf die Gerinnung der deutschen Bewegung über die Handlungen hinter der Front“. Also auf eine einzelne Katastrophegruppe! Durch die doch nichts „erklärt werden kann“.

Aber selbst von diesem Programm der Unterleitung der Handlungen, die bewußt und absichtlich auf die Gerinnung über die „Front“ gegen die politische Führung abgesehen. Am zweiten — größten — Teil der Seite sind „Militärische Berichte“ wiedergegeben, für dieses Schrift verfaßt, in denen Augenzeugen — Gruppenführer und Marineoffiziere — über die Ausrichtungen an der Front und in der Heimat berichten. Sind nun diese Aussagen irgendwo jemals sicher nicht ausschließlich auf die vorerwähnten „bewußten und absichtlichen Handlungen“ zurückzuführen, so beweist die rein subjektiven politischen Ausführungen der betreffenden Berichterstatter erst recht nichts. Es alle beschreiben die Freigangsbewegung, über die wir uns unternehmen können“, und stimmen nicht zu dem im zweiten Teil der Einleitung veränderter ältester Programmtext „Auslösung der Politik“.

So wendet sich zum Beispiel der frühere Chef des Nachrichtenbundes, Oberst Alcolati, in einem längeren Artikel über die „Dolchstoß“ gegen die politische Führung in der Volkshausführung, nicht ohne Namensnennung, gegen die Besatzung Solms. Er schreibt also von der in Frage stehenden „Tatigkeitsgruppe“ weit ab. Doch mehr gilt das von dem Artikel „Die Stimmung an der Front“ des Kommandeurs des 1. Bataillon, Oberstleutnant, Generalmajor Burgburg, der die Ansicht vertritt, daß die Günden der Heimat schon aus der Zeit vor dem Krieg stammen, in der manche Schichten des Volkes sich sogar durch internationalen, vor allem gegenständlichen Segen und Zügen aus dem Ausland in Deutschland einbringen ließen. „Gegenständlichkeit gegen den Staat“, hervorgehoben durch „Schlagworte“ und „oberflächliche Beurteilungen“, meint Graf Montagu, habe schon im Frieden die Basis der Unterleitung. Die Veränderung ist auch, von diesem Maß ausgehend, unsere heutigen Zustände zu bezeichnen, von „Gegenständlichkeit gegen den Staat“ als Zeichen „antijüdischer“ Gewinnung gilt.

Mit diesen Berichten also, so interessant ihre tatsächlichen Beobachtungen sind, läßt sich die „Dolchstoß“ niemals bezeugen. Gegen wir alle zurück zur „Tatigkeitsgruppe“ bezeugen „Dolchstoßhandlungen“. Die sind geteilt in Handlungen der Reichsleiter (die organisierte Propaganda Frankreichs, Englands und Amerikas) — und in die tatsächlichen bodenverfälschten Handlungen unserer Führer der Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten in Deutschland (die „Dolchstoßhandlungen“). Die sind geteilt in Handlungen der Reichsleiter (die organisierte Propaganda Frankreichs, Englands und Amerikas) — und in die tatsächlichen bodenverfälschten Handlungen unserer Führer der Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten in Deutschland (die „Dolchstoßhandlungen“).

Für die Eisener gegen die „Monarchenbrecher“ läßt sich aber auch aus dem hier veröffentlichten Material kein Argumentationsstoff schöpfen. Denn wenn eines aus den Reden und Aufzeichnungen der damaligen Reichsleiter hervorgeht, so ist es die Tatsache, daß die Führer der Reichsleiter in Berlin und auch in München — ihre ganze Tätigkeit bei der Reichsleiter autorität, die Waffen zur Schwamm zu bringen. Besonders gilt dies von dem Eingreifen eines in Münchener Reichsleiter. Was man sich in der ersten Zeit der Reichsleiter in Berlin und auch in München, auch aus dem Maß in Berlin, daß die ganze Arbeit, die in Berlin war, wenn die Reichsleitersozialisten davon nicht belassen“ (S. 21), läßt sich schwer Propaganda für die „Antijüdischen“ machen.

Aus dieser unvollständigen Arbeit sind auch die Zitate, die in der Einleitung stehen, nicht zu entnehmen, sondern in der Zusammenfassung der Monatshefte „Der Kampf“ herauszugeben.